

# Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage



**Stand: 31.12.2011**

## 1. Ausgangssituation

Die vom Gemeinderat am 20.12.2010 beschlossene Haushaltssatzung 2011 wurde am 25.01.2011 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 04.02.2011 öffentlich bekannt gemacht.

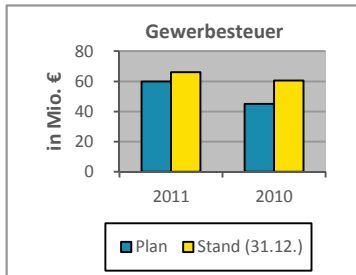
In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

Aufgrund der zum 01.01.2012 vollzogenen Finanzsoftwareumstellung und der daraus resultierenden Mehrbelastung für die Kämmerei konnte der Quartalsbericht zum 31.12.2011 erst mit Verzögerungen erstellt werden.

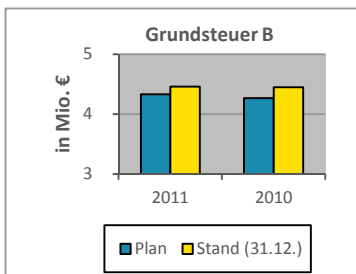
## 2. Wesentliche Planabweichungen

### 2.1 Verwaltungshaushalt

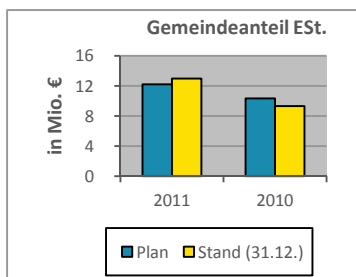
#### 2.1.1 Einnahmen



Die **Gewerbsteuereinnahmen** der Stadt Biberach liegen zum 31.12.2011 um 6,02 Mio. € über dem Planansatz (60,00 Mio. €). Insbesondere Anpassungen von Vorauszahlungen für Vorjahre als Folge der guten Konjunktur tragen zu diesem erfreulichen Stand bei. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage von 13,95 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 52,07 Mio. € (Vorjahr: 47,50 Mio. €).

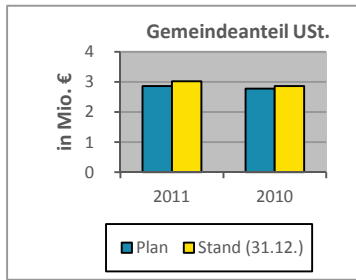


Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** verlaufen planmäßig. Bei der **Grundsteuer B** kommt es zu Mehreinnahmen durch nachträgliche Veranlagungen bisher unbebauter Grundstücke von derzeit rund 127.000 €.



Während die Hundesteuer planmäßig verläuft, ist bei der **Vergnügungssteuer** mit Mehreinnahmen von 63.000 € aufgrund von höheren Einspielergebnissen und der Eröffnung einer weiteren Spielhalle zu rechnen. Die Klagen von zwei Automatenaufstellern gegen die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Biberach wurden zum Jahresende vom Verwaltungsgericht Sigmaringen abgewiesen, so dass hier vorläufig nicht mehr mit Rückerstattungen zu rechnen ist.

Das Landesaufkommen beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** beträgt für das Jahr 2011 nun 4,23 Mrd. € und fällt somit um 0,58 Mrd. € besser aus, als im Haushaltserlass des Landes prognostiziert (3,65 Mrd. €). Die Stadt hat ihrer Haushaltsplanung einen Gemeindeanteil in Höhe von 3,90 Mrd. € zugrunde gelegt. Damit ergeben sich nun Mehreinnahmen von 1,03 Mio. €.



Das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer** beträgt für das Jahr 2011 aktuell 512 Mio. € und fällt somit um 0,12 Mio. € besser aus als im Haushaltserlass des Landes prognostiziert. In Biberach wurde bei der Planung ein Aufkommen von 485 Mio. € unterstellt. Insgesamt führt der höhere Anteil zu Mehreinnahmen von 159.000 €.

Auch bei den **Schlüsselzuweisungen vom Land** ergibt sich eine Erhöhung der Pauschalbeträge pro Einwohner (von 32 € auf 43 €) und somit höhere Einnahmen von 319.000 €.

Der Zuweisungsbetrag für den **Familienleistungsausgleich** wurde auf 399 Mio. € erhöht. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurde mit einem Betrag von 375 Mio. € kalkuliert, was zu Mehreinnahmen von rund 79.000 € führt.

Bei den **Gebühren und Entgelten** sind bei den Parkgebühren Mehreinnahmen von rund 139.000 € zu verzeichnen. Mögliche Ursache hierfür könnte die Sperrung der Tiefgarage Museum sein, die vermutlich zu einem Ausweichverhalten auf oberirdische Parkplätze führt. Außerdem wurden die defekten Parkscheinautomaten zwischenzeitlich ausgetauscht. Auch bei den Baugenehmigungsgebühren kommt es aufgrund größeren gewerblichen Maßnahmen zu Mehreinnahmen von 104.000 €.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** kommt es zu Mehreinnahmen von 71.000 €, weil bei der Planaufstellung die Verpachtung von Grundstücken, die 2010 von der Deutschen Bahn erworben wurden, nicht eingeplant waren. Die Einnahmen aus Verpachtungen von Dachflächen für Fotovoltaikanlagen konnten im Jahr 2011 beim Bauhof realisiert werden. Die weiteren Objekte bei der Gaisental-Grundschule und bei der Mehrzweckhalle Rißegg können erst 2012 umgesetzt werden.

Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen und wird daher nicht im städtischen Haushalt dargestellt.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es zu geringeren Zahlungen vom Landkreis in Höhe von 83.000 €. Schwankungen sind hier üblich, weil die Leistungen im Voraus nicht genau kalkuliert werden können.

Bei den Erstattungen von übrigen Bereichen fallen die Einnahmen gegenüber der Planung um 900.000 € niedriger aus. Grund hierfür ist eine Änderung bei der Verbuchungssystematik der Pensionsrücklagen.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

Nachdem die Maßnahmen des **Konjunkturpaktes II** zwischenzeitlich abgerechnet wurden, sind bei den Zuschüssen vom Bund aufgrund von Umschichtungen geringe Mehreinnahmen zu verzeichnen. Teilweise waren diese Einnahmen bereits im Vorjahr geplant, konnten aber erst im Haushaltsjahr 2011 abgerufen werden (siehe Dr. Nr. 206/2011).

Bei den Einnahmen aus dem **Kindergartenlastenausgleich** und der **Kleinkindförderung** kommt es aufgrund der veränderten Kinderzahlen insgesamt zu Mehreinnahmen, die jedoch von den geringeren Einnahmen beim interkommunalen Kostenausgleich überlagert werden. Insgesamt fehlen im Jahr 2011 Einnahmen von 100.000 €. Diese Planabweichung resultiert zum einen daraus, dass der Planansatz zu hoch kalkuliert war und zum anderen aus Verschiebungen in das Haushaltsjahr 2012.

Aufgrund der nachträglichen Erhöhung der **Sachkostenbeiträge** der Schulen kann beim Schullastenausgleich mit Mehreinnahmen von 132.000 € gerechnet werden. Darüber hinaus stellt das Land im Jahr 2011 allen Kommunen eine Pauschale für Sicherheitsausstattung an Schulen in Höhe von 53.000 € zur Verfügung, die im Haushalt nicht eingeplant war.

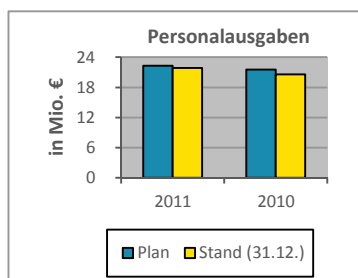
Zum Jahresende senkte die Europäische Zentralbank den Leitzins weiter auf 1 % ab. Dies spiegelt sich in einem niedrigeren Zinsniveau bei der Stadt wider. Dennoch konnten im Jahr 2011 bei den **Zinsen aus Geldanlagen** Mehreinnahmen von 1,47 Mio. € erzielt werden. Dies resultiert zu einem großen Teil auf einer ungeplanten Sonderzinszahlung aufgrund der vorzeitigen, vertragskonformen Kündigung eines Schuldscheindarlehens durch den Emittenten.

Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen um 110.000 € über dem Planansatz. Die Abrechnung erfolgt jedoch erst gegen Ende des ersten Quartals des Folgejahres, so dass noch keine genaueren Aussagen über mögliche Planabweichungen möglich sind. Beim **Anteil des Reinertrags** am forstwirtschaftlichen Betrieb können Mehreinnahmen von 152.000 € verzeichnet werden.

Bei den **weiteren Finanzeinnahmen** kommt es bei den Buß- und Verwarnungsgeldern zu Mehreinnahmen von 62.000 €. Die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer liegen allerdings 73.000 € unter dem Planansatz.

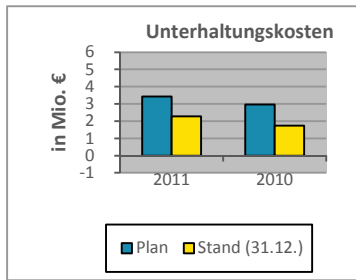
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst mit dem Jahresabschluss verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

## 2.1.2 Ausgaben

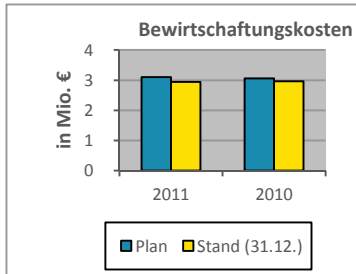


Aufgrund niedrigerer Tarifabschlüsse als noch bei der Haushaltsplanung 2011 unterstellt, konnten bei den **Personalausgaben** insgesamt geringere Aufwendungen von 454.000 € verzeichnet werden.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das Neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten, die in den Planansätzen der Personalausgaben enthalten sind. Aus den Rückstellungen ergeben sich im Jahr 2011 keine weiteren Personalausgaben mehr.



Die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** verläuft weitgehend planmäßig. Aktuell sind 66,14 % der Mittel bewirtschaftet (Vorjahr: 58,76 %). Aufgrund der Übertragung von Haushaltsresten für bereits begonnene Maßnahmen werden die Mittel im Haushaltsjahr 2011 nach Meldung durch das Gebäudemanagement nahezu vollständig benötigt. Auch bei den sonstigen Unterhaltungsmaßnahmen wie Straßen u. ä. wurden keine größeren Abweichungen gemeldet.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 94,88 % (Vorjahr: 96,93 %) des Planansatzes erreicht. Da die Strom- und Heizkostenabrechnungen für 2011 zwischenzeitlich gebucht sind, werden nicht alle Mittel wie veranschlagt benötigt.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind zum Jahresende mit 73,60 % (Vorjahr: 72,42 %) bewirtschaftet. Bei den Stromkosten für die Straßenbeleuchtung sind Einsparungen von 64.000 € zu verzeichnen. Weitere Einsparungen können erst im Rahmen des Jahresabschlusses beziffert werden, sobald die Budgetabrechnungen fertiggestellt sind. Erfahrungsgemäß werden hier aber nicht alle Mittel benötigt.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich bei der **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von 1,22 Mio. € ab. Dagegen verläuft die **Kreisumlage** planmäßig.

Aufgrund des dynamischen Umlagesatzes kommt es bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land zu geringeren Ausgaben von 408.000 €.

Bei den **weiteren Finanzausgaben** liegen die Erstattungsinsen aus der Vollverzinsung der Gewerbesteuer um 144.000 € über dem Planansatz. Diese Ausgaben können ebenso wie die Einnahmen aus der Vollverzinsung nicht geplant werden, da sie von den Ergebnissen der Betriebsprüfungen des Finanzamtes abhängen.

Im Verwaltungshaushalt wurden bisher insgesamt 878.412 € (Vorjahr: 1.590.150 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Diese Ausgaben resultieren größtenteils aus zahlreichen kleineren Ausgabepositionen. Größere überplanmäßige Ausgaben sind durch die geänderte Darstellung des Treuhandvermögens "Sanierungsgebiet Östliche Innenstadt" und "Sanierungsgebiet Innenstadt Südwest" mit 80.000 € (siehe unter Ziff. 2.2.2) entstanden sowie für die Fremdvergabe des Gebäudesanierungskatasters (Dr. Nr. 128/2011) bewilligt worden. Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

### 2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

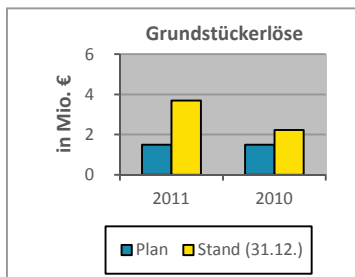
Das Kulturbudget besteht seit dem Jahr 2011 aus einem Abmangelbudget mit - 430.000 € und einem Stellenbudget von 80,81 Stellen. Insgesamt werden für den budgetierten Kulturbereich im Jahr 2011 damit rund 3,70 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmeseite zu 107,99 % (Vorjahr: 100,22 %) und auf der Ausgabenseite zu 98,41 % (Vorjahr: 92,45 %) bewirtschaftet. Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt zum Jahresende im Rahmen der Planung.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

## 2.2 Vermögenshaushalt

### 2.2.1 Einnahmen



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind zu 247,48 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet (Vorjahr: 147,76 %). Dies entspricht Mehreinnahmen von über 2,21 Mio. €, die in der sehr guten Nachfrage nach Baugrundstücken insbesondere im Baugebiet Talfeld begründet liegen und teilweise auch auf die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zurückzuführen sind.

Bei den **Beiträgen** kommt es daher ebenfalls zu Mehreinnahmen bei den **Erschließungsbeiträgen** in Höhe von 785.000 € und bei den **Ausgleichsmaßnahmen** in Höhe von 138.000 €. Bei den Ablösebeiträgen für KFZ-Stellplätze entstehen Mehreinnahmen von 64.000 € aufgrund einer Ablösung für eine große Neubaumaßnahme.

Die **Zuschüsse des Bundes** im Vermögenshaushalt für Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II wurden zwischenzeitlich vollständig abgerechnet (siehe Dr. Nr. 206/2011).

Wie bereits im letzten Bericht zur Haushaltslage erläutert, kommt es bei den geplanten **Landeszuschüssen** zu erheblichen Abweichungen. Für den Neubau der Realschule mit räumlichem Bildungszentrum wurden ursprünglich insgesamt rund 12,10 Mio. € an Landeszuschüssen eingeplant. Da die Verkaufserlöse für die bisherige Dollinger Realschule in Abzug zu bringen sind, reduziert sich der Gesamtzuschuss für den Neubau der Schule mit räumlichem Bildungszentrum auf rund 7,57 Mio. €.

Für das Jahr 2011 waren für den Schulhausneubau 5,40 Mio. € eingeplant. Bewilligt wurden in diesem Jahr lediglich 2,74 Mio. € für den Ganztagesbereich, so dass im Jahr 2011 rund 2,66 Mio. € an Schulbauszuschüssen ausfallen werden.

Auch bei der Sportstättenförderung hat sich die Situation verschlechtert. Der Zuschuss für die Sporthalle der neuen Realschule in Höhe von 730.000 €, davon 160.000 € in 2011 geplant, sowie die Zuschüsse für den Ersatz der Kreissportanlagen und für den Neubau des Sportplatzes Mettenberg mit jeweils 75.000 €, alle in 2011 geplant, wurden nicht bewilligt. Einen Zuschuss erhalten wir lediglich für die Umkleiden am Erlenweg in Höhe von 50.000 €.

Somit ergibt sich im Jahr 2011 insgesamt ein Zuschussausfall von 2,97 Mio. €.

Mehreinnahmen von 68.000 € konnten vom Kämmereiamt bei der Abwicklung eines Zuschusses aus Vorjahren im Zusammenhang mit der Abrechnung der Maßnahmen an den Gymnasien erzielt werden.

Für das Sanierungsgebiet "Östliche Innenstadt" konnten zum Jahresende Fördermittel in Höhe von 435.000 € abgerufen werden. Geplant waren 300.000 €. Derzeit wird die Abrechnung des Sanierungsgebiets durch einen externen Dienstleister erstellt. Nach Angaben des Bauverwaltungsamtes sind derzeit keine Mehrausgaben bei den Sanierungsausgaben bekannt.

## 2.2.2 Ausgaben

Aufgrund der Änderung bei der Verbuchungssystematik der Pensionsrücklagen (siehe Ziff. 2.1.2), kommt es zu höheren Ausgaben bei der **Zuführung zu Sonderrücklagen** in Höhe von 600.000 €. Diese Zuführung ist durch entsprechende Mehreinnahmen bei den Zinsen aus Geldanlagen gedeckt.

Die **Zuführung zur Kapitalrücklage** der Stadtwerke Biberach GmbH wurde in voller Höhe ausbezahlt. Derzeit wird zwischen Kämmereiamt und den Stadtwerken erarbeitet, wie die Eigenkapitalstärkung verbessert werden könnte. Eine entsprechende Vorlage soll im Laufe des Jahres 2012 erfolgen.

Beim **Grunderwerb** sind nach Angaben des Liegenschaftsamtes alle Mittel des Jahres 2011 bewirtschaftet. Die noch nicht abgeflossenen Gelder werden als Haushaltsrest ins Folgejahr übertragen.

Beim **Erwerb von beweglichen Sachen** werden voraussichtlich rund 100.000 € eingespart werden können.

Die **Baumaßnahmen** verlaufen weitgehend planmäßig. Aufgrund der restriktiven Haushaltsplanung für das Jahr 2011 geht die Verwaltung davon aus, dass die eingeplanten Mittel für Baumaßnahmen vollständig benötigt werden bzw. die noch nicht abgeflossenen Mittel als Haushaltsrest ins Folgejahr übertragen werden. Lediglich aus bereits abgeschlossenen Maßnahmen lassen sich noch Einsparungen realisieren.

Da im neuen Rechnungsstil Sonderhaushalte kaum mehr abbildbar sind, wurden im Zuge des Jahresabschlusses 2010 die Treuhandvermögen "Sanierungsgebiet Östliche Innenstadt" und "Sanierungsgebiet Innenstadt Südwest" in den Kernhaushalt der Stadt Biberach integriert. Durch die geänderte Darstellungsweise entfallen die Zuführungen an die Sonderhaushalte, im Gegenzug werden die entsprechenden Sanierungsmaßnahmen im Kernhaushalt dargestellt. Insgesamt betrachtet, ist die veränderte Darstellung haushaltsneutral.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt 1.352.378 € (Vorjahr: 1.875.437 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen allein 183.000 € auf die Mehrkosten für die Sportanlage Mettenberg (Dr. Nr. 52/2011-1), 169.006 € auf den restlichen Zuschuss für die Pharmazeutische Biotechnologie an der Hochschule Biberach (Dr. Nr. 83/2011), 130.000 € auf den Ausbau der Mörikestraße (Dr. Nr. 19/2011) und 71.000 € für den Aufbau eines neuen Salzsilos beim Baubetriebsamt (Dr. Nr. 70/2011).

Weitere 386.877 € sind durch die geänderte Darstellungsweise des Sondervermögens der Sanierungshaushalte und Umschichtungen von 120.000 € aus Umweltfördermittel in einen anderen Unterabschnitt entstanden, die jedoch haushaltsneutral sind.

### **3. Kassenliquidität**

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen - entsprechend der Marktlage zu geringen Zinsen - angelegt werden. Allerdings müssen zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen Zug um Zug Rücklagenmittel aufgelöst werden, um die Finanzierung sicherzustellen.

### **4. Zusammenfassung, Ergebnis**

Im Haushaltsplan 2011 wurden die Einnahmeerwartungen vorsichtig und die Ausgaben zurückhaltend abgebildet. Die tatsächliche Entwicklung war insbesondere wegen der positiven Konjunktur in Deutschland und trotz der anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten und der Euro-Krise weitaus besser als prognostiziert.

Dies führt zu Steuermehreinnahmen und zu zusätzlichen Erträgen bei den Landeszuweisungen aus Finanzausgleichsmitteln. Hinzu kommen höhere Einnahmen aus Gebühren, Mieten und Pachten sowie Zinsen aus Geldanlagen und dem Forstbetrieb.

Auf der Ausgabenseite fallen geringe Aufwendungen für das Personal und für die Betriebs- und Geschäftsausgaben sowie für die FAG-Umlage an. Dem stehen höhere Ausgaben für die Gewerbesteuerumlage gegenüber, als Folge der höheren Einnahmen.

Aktuell rechnen wir damit, dass das Ergebnis des Verwaltungshaushalts, die Zuführung an den Vermögenshaushalt, zwischen 16 Mio. € und 18 Mio. € liegt, was eine Verbesserung gegenüber der Planung von 8 - 10 Mio. € bedeutet.

Im Vermögenshaushalt können die höheren Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen und Beiträgen die Zuschussausfälle im Schul- und Sportbereich vollständig kompensieren. Durch die Verbesserung des Verwaltungshaushalts wird auch der Vermögenshaushalt entlastet. Da auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushalts keine nennenswerten Abweichungen zu erkennen sind, gehen wir davon aus, dass eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage zwischen 2,00 bis 4,00 Mio. € ausreicht und damit eine Verbesserung gegenüber der Planung von 7 - 9 Mio. € erreicht werden kann.



## **5. Ausblick und mittelfristige Perspektive**

Gegenüber den Darstellungen im Vorbericht zum Haushalt 2012 hat sich am Ausblick und an der mittelfristigen Perspektive zwischenzeitlich keine Veränderung ergeben, so dass wir auf Wiederholungen an dieser Stelle verzichten.

**Leonhardt**